

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Spaniens Diktator in Paris.

Primo de Rivera ausgepfiffen.

Paris, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der spanische Diktator Primo de Rivera ist am Montagabend um 11 Uhr mit dem Süd-Express in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof vom Ministerpräsidenten Briand, dem spanischen Botschafter in Paris, mehreren Ministern und zahlreichen offiziellen Persönlichkeiten begrüßt. Die Zugänge zum Bahnhof waren durch starke Polizeiaufgebote abgesperrt. Trotzdem erschollen, als das Automobil Primo de Riveras den Bahnhof verließ, aus der Menge zahlreiche Pfiffe und „Pui“-Rufe. Die Polizeibeamten fielen brutal über die Manifestanten her und mißhandelten sie, 16 wurden, zum Teil verwundet, festgenommen; ein Polizeibeamter wurde ebenfalls verletzt.

Die Linkspresse gibt ihrem Mißbehagen über den Besuch des spanischen Diktators in Paris lebhaft Ausdruck. Im „Devoir“ protestiert der spanische republikanische Schriftsteller Blasco Ibañez gegen die Anwesenheit des spanischen Diktators in Paris und seinen offiziellen Empfang durch die französische Regierung, die alle Republikaner der Welt verlegen müßten. Der sozialistische Verband der Seine hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die Anwesenheit Primo de Riveras in der französischen Hauptstadt Verwahrung eingelegt wird, da sie

eine Herausforderung aller Demokraten bedeute; die Mitglieder werden aufgefordert, sich an keiner der offiziellen, zu Ehren Primo de Riveras veranstalteten Festlichkeiten zu beteiligen.

Heute morgen um 11 Uhr werden der spanische Diktator und Ministerpräsident Briand im Auswärtigen Amt feierlich das neue französisch-spanische Marokkoabkommen unterzeichnen. Zur Unterzeichnung wird das Tintenglas benutzt werden, das bereits zur Unterzeichnung des Schlußprotokolls des Pariser Kongresses 1856 gedient hat.

Befriedigung über das englische Abkommen.

Paris, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterzeichnung des Schuldenabkommens in England durch Caillaux wird von der Presse mit großer Befriedigung aufgenommen. Sie verspricht sich davon günstige Rückwirkungen auf die Washingtoner Schuldenverhandlungen und eine bedeutende Festigung der parlamentarischen Stellung des Kabinetts Briand. Vom Abkommen selbst sind vorläufig erst die Hauptlinien bekannt. Danach wird Frankreich an England als erste Jahreszahlung vier Millionen Pfund und dann 62 Jahre lang weitere Zahlungen bis zur Höchstgrenze von 12 1/2 Millionen Pfund leisten.

Frankreichs Auspowerung.

Das allmächtige Bankkapital.

Von Josef Diner-Dénes (Paris).

Ist noch das französische Volk reich? Man muß es bezweifeln, nachdem durch den Fall des Franken auf etwa ein Achtel seines Goldwertes rund sieben Achtel des Volkvermögens verschwunden sind. Kaum gibt es ein anderes Land, in dem die verschiedenen vom Staate herausgegebenen Titres, Renten, Bons der Nationalverteidigung, Schatzscheine und hierzu noch die Banknoten, so fast durchweg Volkvermögen sind, wie eben in Frankreich. Hier sind es nicht ausländische Finanziers oder inländische Banken und sonstige Großkapitalisten, die dem Staate ihr Geld hergeben, sondern vielmehr die große Masse des Volkes. In diesem Lande der Sparrer, in dem alle Welt spart, sind die Hauptgläubiger des Staates nebst den Klein- und Mittelbürgern, die ungeheure Masse der Bauern und Arbeiter.

Die innere Schuld Frankreichs beträgt rund 300 Milliarden Franken. Hiervon dürften nach verlässlicher Schätzung etwa drei Viertel im Besitze der großen Masse des Volkes sein, während der Rest zum Teil in den verschiedenen Staatskassen liegt, und zum anderen Teil, etwa 30 Milliarden, im Besitze der verschiedenen Banken und Bankiers sich befindet. Da nun auch der Hauptteil der Banknoten sich bei dem sparenden Teil der Bevölkerung befindet, da hier viele Bauern noch immer bei dem uralten System der Strumpfpantoffel halten, so wurde das französische Volkvermögen in den letzten Jahren um nicht weniger als etwa 230 Milliarden Franken verringert, so daß man ruhig sagen kann, daß heute an Stelle des reichen französischen Volkes, das vor dem Kriege der ganzen Welt Geld geborgt hat, und das auch noch nach dem Kriege im Handumdrehen imstande war, die französische Arbeit auf den Friedensstand zurückzuführen, heute ein armes Volk getreten ist.

Diese Erkenntnis ist den französischen Volkswirtschaftlern nicht fremd. Gerade der gegenwärtige Finanzminister Caillaux predigt seit einem Jahre, daß Frankreich verarmt ist, und daß deshalb Staat und Volk ihren Lebenshalt stark einschränken müssen, wenn sie wieder in geordnete finanzielle Verhältnisse kommen wollen. Wie soll nun dieses verarmte Volk zu einer Einschränkung seines Lebenshaltes veranlaßt werden?

Das Entscheidende in dem Bericht des Sachverständigenausschusses, den sich Caillaux größtenteils zu eigen gemacht hat, ist, daß er vorschlägt, alle mit der Sanierung verbundenen Ausgaben auf dem Wege der indirekten Steuern hereinzubringen. Nach Angabe des Expertenberichts wird man vor allererst zur Ausgleichung des Budgets in diesem Jahre noch 2 1/2 Milliarden und im nächsten Jahre sogar 5 Milliarden brauchen. Der Expertenbericht möchte nun glauben machen, daß damit die Last, die man dem französischen Volke aufbürden will, erschöpft ist. Die tatsächliche Rechnung aber, die man dem Volke präsentieren wird, wird unendlich höher sein.

Vor allererst kann man es sich an den Fingern abzählen, daß es bei den erwähnten 5 Milliarden nicht sein Bewenden haben wird. Vorausgesehen sind vorläufig die Erhöhung der Zuckersteuer von 50 auf 100 Franken, die Einführung einer neuen Weinsteuer, die Erhöhung aller Transportgebühren im Maße der Wertverminderung des Franken, eine demgemäße Erhöhung aller Zölle, die Erhöhung der Warenumsatzsteuer von 1,2 auf 2 Proz. usw. Diese Erhöhungen werden natürlich eine nicht entsprechende, sondern noch erhöhte Steigerung aller Preise nach sich ziehen, und damit naturgemäß das Gleichgewicht im Budget gründlich stören.

Würde es sich aber wirklich nur um 5 Milliarden handeln, wäre es ganz unverständlich, wozu die Erhöhung fast aller indirekten Abgaben dienen soll. Nachdem von dem heutigen französischen Budgetbedarf im Betrage von über 37 Milliarden, nach dem Bekenntnis des Finanzministers mehr als zwei Drittel, also fast 25 Milliarden, durch direkte Steuern gedeckt werden, müßte man dieselben wieder nur, ganz so wie unter Poincaré, um 20 Proz. erhöhen, um das Defizit von 5 Milliarden zu decken. Wenn aber doch Erhöhungen der indirekten Steuern um das Doppelte, ja um das Dreifache gefordert werden, kann man sich lebhaft vorstellen, daß es sich um noch viel viel höhere Summen handelt, die zu decken sein werden.

Tatsächlich wird es sich — abgesehen von dem schon erwähnten Erfordernis — noch um etwa 55 Millionen Dollar und 12 1/2 Millionen Pfund für das Jahr 1927 handeln. Woher diese Posten kommen? Der Sachverständigenbericht, und mit ihm Caillaux, erklären die Sanierung der Finanzen und die Stabilisierung des Franken möglich mit Hilfe von auswärtigen, d. h. amerikanischen und englischen Krediten. Man spricht allgemein von 500 Millionen Dollar. Welche Pfänder Caillaux wird hierfür bieten müssen, und welche Bedingungen Frankreich sich wird von den amerikanischen Bankiers diktieren lassen müssen, davon soll jetzt nicht gesprochen werden. Aber jedenfalls wird die Anleihe kaum unter 5 Proz. gegeben werden, wird also schon 1927 einen Zinsendienst von etwa 25 Millionen Dollar erfordern. Daß gleichzeitig mit dieser Anleihe auch die alten Schulden an Amerika und England werden geordnet werden müssen, ist doch ganz zweifellos, wenn auch Caillaux, um sich eine Mehrheit zu schaffen, sagte, daß die Kontrahierung

Die Unverantwortlichen.

Professoren, Richter, Offiziere — aber keine Regierung.

Die Reichsregierung läßt die Fägel schleifen. Unverantwortliche Elemente treiben auf eigene Faust Politik, diskreditieren die Verfassung und das Ansehen der Republik im Ausland.

Ein neuer Tag — ein neuer Fall.
Berliner Studentendemonstration. Kneiptische Professoren veranstalten mit unreifen Studenten eine nationalistische Demonstration, die sich gegen den Geist der Verfassung, der Politik von Locarno richtet. Die Reichsregierung läßt sich ins Schleppjoch nehmen. Statt zu protestieren, macht sie mit.

Revision im Fememordprozess Banner. Das Auswärtige Amt hat sich klar geäußert, daß es den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht wünsche. Prompt hat der zweite Strafsenat des Reichsgerichts aus außenpolitischen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Ausland soll ja nicht glauben, daß man eine Politik der geheimen Rüstungen in Deutschland nicht wünscht.

Note über die deutsche Entwaffnung. Reichsanzler und Auswärtiges Amt wußten bis zum 12. Juli nicht, daß am 3. Juli eine Note des General Bald beim Reichswehrministerium eingegangen sei. Aber „Deutsche Tageszeitung“ und „Deutsche Zeitung“ wußten es. Wußten es, wie die „Börsische Zeitung“ behauptet, durch Offiziere des Reichswehrministeriums.

Die Unverantwortlichen treiben in Deutschland Politik, ohne daß sie ein Einschreiten der Regierung befürchten müssen. Skandal kommt zu Skandal.

Bureaucratie gegen Reichstag.

Verhinderung der Gefrierfleischzufuhr.

Der Reichstag hat bekanntlich unmittelbar vor den Parlamentssitzungen beschlossen, das Kontingent für die Gefrierfleischzufuhr nach Deutschland von 80 000 Tonnen auf 120 000 Tonnen jährlich zu erhöhen. Hierbei war man sich darüber einig, daß dieses Kontingent bereits für das Jahr 1925/26 Geltung haben solle, zumal bereits im vorigen Winter das damalige Kontingent um 18 000 Tonnen überschritten worden war und die jährliche Erhöhung erfolgte, weil eben in den meisten Großstädten Deutschlands gar kein Gefrierfleisch mehr zur Verfügung stand.

Vom Reichsernährungsministerium wird aber jener Reichstagsbeschluss dahin ausgelegt, daß er erst für die Zukunft anzuwenden sei. Hieraus ergibt sich eine Differenz in der Gefrierfleischzufuhr bis 1. Oktober d. J. von etwa weiteren 18 000 Tonnen. Gerade diese Spitzenmenge würde es aber ermöglichen, den fehlenden Mangel an Gefrierfleisch auszugleichen. Da die Behörden aus ihrem Standpunkt beharren, ist damit zu rechnen, daß Ende August in allen dicht besiedelten Teilen Deutschlands abermals kein Gefrierfleisch mehr zu haben sein wird. Diese Handhabung widerspricht dem klaren Willen der Reichstagsmehrheit.

Zusammentritt der Ministerialkommission.

Inangriffnahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Die Ministerialkommission zur Durchführung und Ausgestaltung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung tritt am Dienstag zusammen. Wie wir hören, wird das Programm in einer Reihe von Punkten erweitert werden. Auch die Frage des Anturbelastungskredits zur Behebung des Wohnungsbaues, d. h. die Erhöhung und die Bereitstellung des Kredits zu günstigeren Bedingungen (längere Laufzeit, niedrigerer Zinssatz) soll nunmehr geklärt werden. In Verbindung mit den Verhandlungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm im Reich werden zu gleicher Zeit im Wohlfahrtsministerium die aus dem Programm für Preußen sich ergebenden besonderen Aufgaben durchberaten. Diese Beratungen werden in etwa 8 bis 10 Tagen abgeschlossen sein.

Sanierungsversuch in Belgien.

Vollmachten — Sparmaßnahmen.

Brüssel, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts des katastrophalen Frankensurzes nahm der Ministerrat eine Reihe wichtiger Beschlüsse an. Am Dienstag wird die Regierung von der Kammer für sechs Monate Vollmacht verlangen, um allen notwendigen Maßnahmen zur Regelung des Geldumlaufes, der Roh- und Halbfabrikatversorgung und Tilgung des Schuldenfonds zu treffen. Das Graubrot soll zur Verpflichtung gemacht werden, was eine Getreideeinsparung von 170 Millionen Franken bedeuten würde. Der Verbrauch von Luxusartikeln soll stark eingeschränkt werden. Die Eisenbahntarife für den Warenverkehr werden um 10 bis 20 Proz. erhöht. Sofort nach dem Ministerrat fand eine Konferenz mit Bankleuten statt, wo beschlossen wurde, ein permanentes Komitee zu bilden, das namentlich eine strengere Devisenkontrolle ausüben soll. Am Dienstag gibt darüber die Regierung eine ausführliche Erklärung in der Kammer ab. Am Mittwoch tritt der sozialistische Generalrat wieder zur Beratung der Lage zusammen.

Kampf dem Faschismus.

Gründung einer internationalen Kommission in Wien.

Wien, 13. Juli. (WIB.) Anlässlich des ersten Reichs-Sportler-Tages des Republikanischen Schutzbundes fand gestern im Parteihause eine internationale Beratung der antifaschistischen Abwehrverbände statt. Nach Berichten der verschiedenen Ländervertreter wurde der Beschluß gefasst, eine internationale Kommission zur Abwehr des Faschismus, unter Vorsitz des Abg. Deutsch, zu gründen, deren Sitz Wien sein und deren Sekretariatsarbeiten der österreichische Republikanische Schutzbund beforgen soll.

Scharfe italienische Note wegen Tanger.

London, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ will erfahren haben, daß die italienische Note, in der Italien in London und Paris einen größeren Anteil an der Verwaltung von Tanger fordert, keineswegs eine in freundlichen Worten gehobene Anregung darstelle, sondern die faschistische Regierung habe in London und Paris eine sehr entschiedene Sprache geführt, die tatsächlich auf einen Einschüchterungsversuch hinauskomme. Italien habe rundweg erklärt, daß sich die Regierungen im Irrtum befänden, falls sie glaubten, daß die kolonialen Ansprüche Italiens durch Zuteilung eines Teils von Abyssinien erfüllt werden könnten.

Ein Paradies für Hitler.

Judenhetze des rumänischen Innenministers.

Bukarest, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Beantwortung der verschiedenen Reden der Oppositionsführer, die die Regierung wegen des ausgeübten Wahlterrors wie auch wegen des Kartells mit den oligarchischen Führungen der Winderheiten bejähigten, erklärte Innenminister Gogo, daß die Regierung einer ungestümen (!) Wahlpropaganda der Opposition unbedingt habe Halt bieten müssen, was soviel heißt, daß die Regierung zugibt, den Wahlterror ausgeübt zu haben. Die Regierung habe sich außerdem mit allen Winderheiten, mit Ausnahme der Juden, verbunden, weil die Regierung den Juden keine Repräsentanz im Parlament zuerkennen könne. Außerdem sei jedoch die Bauernpartei die beste Vertreterin der jüdischen Interessen. Diese wilde Hejrede des Innenministers ist mit großem Applaus sowohl bei der Regierungsmehrheit wie bei den zehn Abgeordneten der rumänischen Völkchen aufgenommen worden. Bei weiteren gegen die Juden vorgenommenen Ruhestörungen wird derselbe Innenminister dann die Ordnungsmassnahmen treffen müssen. Man kann sich denken, wie diese aussehen werden, wenn der Minister sich nicht scheut, solche Hejreden im Parlament zu halten.

der neuen Schuld und die Regelung der alten in keinem Zusammenhang stehen. Nach dem Abkommen mit Amerika wird die 1927 zu zahlende Rate 30 Millionen Dollar betragen, die aber von 1929 ab jährlich bedeutend steigt, während die an England zu zahlende Rate laut dem alten Uebereinkommen 12 1/2 Millionen Pfund beträgt. Zum heutigen Kurse umgerechnet beträgt das zusammen etwa 4400 Millionen Franken. Es wird also das französische Volk im nächsten Jahre etwa 10 Milliarden Franken mehr aus den indirekten Steuern aufbringen müssen, als in diesem Jahre, also um 40 Proz. mehr. Das bedeutet nun, ob so oder so stabilisiert wird, eine unbedingte Erhöhung der Lebenshaltungskosten um mindestens 50 Proz.

Nachdem nun schon heute alle Festbesoldeten sich den Riemen enger schnallen müssen, und daher auch die große Bewegung unter den Staatsbeamten stammt, wie auch die fast ununterbrochene Streikwelle, die sich seit einiger Zeit über Frankreich dahinwägt, wie soll das werden bei einer Verteuerung des Lebens um mehr als die Hälfte?

Unsere Genossen schlugen wohl zur Abhilfe gegen diese Auspöwerung des französischen Volkes allerlei Gegenmittel vor, unter denen eine ausgiebige Kapitalabgabe an erster Stelle stand. Aber sie errieteten dafür bei den Bankiers und auch beim Finanzminister nur Spott. Der Expertenbericht, an dem acht Bankdirektoren, drei Vertreter des industriellen Großkapitals und zwei Universitätsprofessoren mitgearbeitet, erklärt ganz kurz, wenn man an Stelle der indirekten Steuern versuchen sollte, das nötige Geld durch direkte Steuern hereinzubringen, wird das nicht gelingen. Denn dann wird das Kapital nur noch mehr aus Frankreich flüchten als bisher und damit der weitere Fall des Franken unvermeidlich sein. Und Finanzminister Caillaux bestätigte das in einer seiner kürzlichen Rede mit den Worten: „Mit einer Kapitalsteuer werden Sie nur den Steuerbetrug vervielfachen und eine Kapitalflucht schaffen, von der Ihnen dann der Devisenfurs etwas erzählen wird.“

Nun sollte man doch meinen, daß es gegen Steuerbetrug und Kapitalflucht noch Mittel gibt. Unsere Genossen haben auch in der französischen Kammer verschiedentliche Male solche Mittel empfohlen. Doch wer wird es hier wagen, sich an den Großkapitalisten zu vergreifen? Nein, keine neue Lasten werden ihnen aufgebürdet, sondern es werden ihnen noch allerlei Vergünstigungen gewährt.

So wird die Einkommensteuer und die Erbschaftsteuer ermäßigt werden. Dann wird man die Steuern auf die mobilen Werte sowie die Kontrolle derselben mildern, und schließlich alle bisherigen Verfügungen gegen die Kapitalflucht aufheben, weil dann — wer's glaubt, ist fest — angeblich die geflüchtenen Kapitalisten wieder zurückkehren werden.

Eine weiteres Geschenk ist, daß man der — wie soll man nur sagen — Benachteiligung des Staates bei der Bank von Frankreich und bei den verschiedenen privaten Eisenbahngesellschaften nicht nachgeht, sondern diese Benachteiligungen auch weiter duldet.

Die Bank von Frankreich ist nämlich verpflichtet, wenn sie eine höhere Dividende als 240 Franken verteilt, dem Staate eine dieser Ueberdividende gleiche Summe zu bezahlen. Nun zahlte sie 1914 bei einem Reingewinn von 73 Millionen 190 Franken Dividende, 1918 aber brachte die Bank nicht weniger als 366 Millionen ins Verdienen, zahlte aber doch nur 240 Franken Dividende. Dann stieg ihr Reingewinn von Jahr zu Jahr, bis er 1925 sogar 405 Millionen erreichte; der Staat bekam aber nur lächerliche Summen, da die Bank stets nur etwas höhere Dividenden als 240 Franken (1925 bloß 300 Franken) verteilte.

Noch ärger steht es bei den Privatbahnen. Noch im Jahre 1921, unter der Herrschaft des Nationalen Blocks, schloß man mit den großen Eisenbahngesellschaften ein Abkommen, das ihnen den Staat vollkommen auslieferte. Gleich damals löschte man eine staatliche Forderung an die Gesellschaften von nicht weniger als 13 Milliarden, und vereinbarte Präliminarbudgets, wonach bis 1926 alles Defizit verschwunden sein

müsse. Seither wurden nun beinahe die Tarife wiederholt bedeutend erhöht, und trotzdem nahmen die Privatbahnen schon nicht weniger als 6 Milliarden neuerliche Vorschüsse in Anspruch, und wird Anfangs des nächsten Jahres wieder ein gewaltiger Ausfall von mehreren Milliarden zu decken sein. Dabei spielen aber die Privatbahnen die Herren des Staates. Als das Parlament beschloß, die anlässlich des Streiks von 1921 entlassenen Eisenbahner wieder zu aktivieren, stellten die Direktoren der Privatbahnen dem Hindernisse in den Weg, und überdies untersteht auch die Arbeitsordnung und die Gehaltsregelung auf den Staatsbahnen einem Komitee, in dem die Privatbahnen die Majorität haben. Die Protokolle der Sitzungen dieses Komitees aber sind trotz aller Ulgrenzen und Zugaben für das Parlament unzugänglich. Da jedoch die Hauptbeteiligten an den Privatbahnen die Großbanken sind, gelten sie als unantastbar, und werden auch bei der jetzigen Regelung der Staatsfinanzen in allen ihren Privilegien belassen werden, trotzdem bei diesen Budgetposten riesige Ersparnisse gemacht werden könnten.

Damit sind aber die Geschenke an die Großfinanz noch nicht erschöpft. Das größte derselben ist die Ablehnung der Konsolidierung der kurzfristigen Schatzscheine und Bons der Nationalverteidigung.

Eine der dringlichsten Forderungen der Sozialistischen Partei war die Konsolidierung dieser Staatsanleihen. Sie sind es nämlich, die seit zwei Jahren am meisten die Finanzen des Staates bedrohen. Die Schandwirtschaft des Nationalen Blocks hat nicht nur unbedachte Anleihe auf Anleihe aufgenommen, sondern auch die Fälligkeiten dieser Anleihen dicht aneinandergereiht. So sind in den letzten Jahren alle vier bis fünf Monate mehrere Milliarden fällig geworden, und jedesmal war die Staatskasse in Gefahr, zusammenzubrechen. Dreimal half man sich mit Notendruck, also mit Inflation, und Ende letzten Monats mit dem Verlaufe des größten Teiles der 100-Millionen-Dollar-Anleihe, die noch Poincaré 1913 bei Morgan aufgenommen.

Die Sozialisten beantragten nun, man möge die Einlösung dieser kurzfristigen Anleihen zwangsweise auf einige Jahre verschieben, damit wäre die größte Gefahr beseitigt, und dann könne man ruhig an die Sanierung der Finanzen herangehen. Die Regierung Painlevé hat sich auch im vorigen Herbst diese Forderung zu eigen gemacht und einen entsprechenden Gesetzesentwurf der Kammer unterbreitet, wurde aber eben wegen dieser Vorlage gestürzt.

Die Banken, und mit ihr der ganze Großkapitalismus, und alle von ihm abhängigen wirtschaftlichen und Prehorgane, schämten damals vor Wut. Sie bezeichneten eine solche Konsolidierung als ein Attentat auf den Kredit des Staates, als ein Verbrechen gegen die Glaubhaftigkeit des Staates, kurzum als den Anfang des Bolschewismus. Da es nun schon gar oft vorgekommen ist, daß ein verschuldeter Staat seine Schulden konsolidiert hat, wäre diese ganze Empörung unverständlich, wenn man nicht wüßte, daß hinter diesen kurzfristigen Anleihen eines der lukrativsten Geschäfte der Banken steht, sowie gleichzeitig das Mittel, den Staat nach Belieben zu lenken und unbequeme Finanzminister zu stürzen.

Wie lange wird das französische Volk diese Auspöwerung, die zugunsten der finanziellen und politischen Machterweiterung des Bankkapitals erfolgt, noch dulden? Die jüngste Rede unseres Genossen Blum hat bei so manchem Abgeordneten, der bisher blind im Sinne der Großbanken gestimmt hat, das Gewissen wachgemacht. Und wenn Caillaux jetzt eine so geringe Mehrheit hatte, so beweist das nur auch, daß die Vorschläge unserer Partei immer mehr in den Vordergrund rücken.

General Pangalos hat den Antivenizelisten Cavicano die Regierungsbildung übertragen. Neuwahlen sollen sofort ausgeschrieben werden.

Zwanzig englische Kriegsschiffe, darunter mehrere Großkampfschiffe, sind außer Dienst gestellt worden.

Sowjet-Wahlen.

Die Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung.

Die „Pravda“ bringt in ihrer Nr. 154 vom 8. Juli eine Zusammenstellung über die Beteiligung der Bevölkerung an den Sowjetwahlen. Wörtlich schreibt sie:

„In der letzten Wahlkampagne übten in den Städten 51,3 Proz. der gesamten Wählerzahl ihr Wahlrecht nicht aus, von den Frauen 61,9 Proz., von den Gemeindefunktionsmitgliedern 43,3 Proz. In den Dörfern übten ihr Wahlrecht nicht aus, von der Gesamtwählerzahl 52,7 Proz., von den Frauen 71,3 Proz. Auf diese Weise steht auch jetzt noch die Mehrzahl der Wahlberechtigten der Bevölkerung außerhalb des politischen Lebens und von den Frauen die überwältigende Majorität. Und selbst unser sozialistisches Hauptkader, die gewerkschaftlich organisierten städtischen Arbeiter nehmen in ganz beträchtlichem Ausmaß immer noch keinen Anteil am politischen Leben, selbst nicht an seiner wichtigsten Aueßerung, dem Wahlrecht. Insgesamt müssen wir in absoluten Ziffern von den wahlberechtigten Staatsbürgern der arbeitenden Schichten in den Städten noch 2,9 Millionen, auf dem Lande noch 21,7 Millionen, insgesamt 24,6 Millionen Menschen an die politische Arbeit heranziehen. Für eine ganze Reihe von Jahren bleibt es eine der Hauptaufgaben der Partei und der Sowjetmacht, die Minderheit der sich an den Wahlen beteiligenden Bevölkerung in eine überwiegende Majorität zu verwandeln.“

Bei der Beurteilung dieser Ziffern muß man sich weiter vor Augen halten, daß es sich um wohlwollende Sowjetziffern handelt, die das äußerste Maximum der sich körperlich an Wahlversammlungen beteiligenden Bevölkerung darstellen. Ein wirkliches Wahlrecht haben ja bekanntlich die Arbeiter in Rußland nicht. Man geht — und es ist sehr zweckmäßig zu gehen! — zu den offiziellen Wahlversammlungen, die für die Wahlen angefeuert werden. Dort hebt man die Hand hoch und stimmt für die von der kommunistischen Zelle aufgestellte Liste. Dann wird von irgend jemand festgestellt, daß in der und der Fabrik 1000 oder 2000 Arbeiter — selbstverständlich immer einstimmig — einen Kommunisten in den Moskauer Sowjet gewählt haben. Auf diese Weise kommt dann die endgültige Statistik über die Beteiligung der Bevölkerung an den Sowjetwahlen zustande. Die Sowjetleute beweisen also mit ihren eigenen Ziffern, daß selbst im neunten Jahre der glorreichen Revolution immer noch nur eine Minderheit der Bevölkerung sich an diesen Wahlen beteiligt. Als die Bolschewiki die verfassunggebende Nationalversammlung auflösten, taten sie das mit der Begründung, diese Versammlung entspräche nicht der Volksstimmung. Die Mehrheit sei jetzt für die Bolschewiki. Daß die Mehrheit heute für die Bolschewiki sei, das werden die Bolschewiki auf Grund ihrer eigenen Ziffern nicht mehr behaupten. Dabei beziehen sich die angegebenen Prozentsätze selbstverständlich nur auf die wahlberechtigte Bevölkerung. Wenn gleich die Börsenschieber jetzt auch das Wahlrecht bekommen haben, so stehen noch viele Millionen außerhalb jedes politischen Rechts. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sind also die Ziffern noch viel geringer.

Kirchenwahlen in Baden.

Erfolge der Linken.

Mannheim, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag in ganz Baden stattgefundenen Wahlen zur evangelischen Landesynode wurden bei einer Wahlbeteiligung von nur 30 Proz. zu einem Erfolg der kirchlichen Linken, repräsentiert durch den Volkskirchenbund religiöser Sozialisten. Nach einem scharfen Wahlkampf, in dem die kirchlich Positiven und Liberalen vor keinem Mittel zurückschreckten, dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen die Linke mit etwa 7 bis 8 Sitzen in der Landesynode rechnen. Damit sind zum erstmalig Sozialisten in diese reaktionäre Hochburg eingedrungen. Die republikanisch-sozialistischen evangelischen Wähler gaben damit aber auch zugleich die erste Quittung ab für die politisch-reaktionäre Haltung, die die evangelischen Kirchenbehörden in den letzten Jahren eingenommen haben. Die kirchlich-Liberalen werden mit den Sozialisten zusammen eine Mehrheit bilden.

Das Studenten-Denkmal.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

Hinter der Universität stehen vier kreuzbekrönte vierkantige Granitpfeiler. Davor, auf niedrigerem Sockel, steht ein nackter Jüngling, mit Schild und Schwert versehen und augenscheinlich auch mit erheblicher Depression; denn er läßt alles hängen, Kopf, Schild, Arme, Beine, hochend streckt er sozulagen alle Biere von sich. Die alles Nähere erläuternde Inschrift auf dem Sockel ist von Kränzen und schwarzweihroten und schwarzweißen Schleifen zugedeckt. Das ist das Denkmal für die gefallenen Studenten von Prof. Hugo Lederer.

Davor stehen die Jünglinge der Universität und wundern sich oder reifen, wenn sie einen Weg haben, ihre Glößen darüber. Auch Studentinnen sind viele dabei, die den nackten Granitknaben aufmerksam betrachten. Man erkennt sie daran, daß sie ihre Haare in einen Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Knoten geschlungen haben.

Vor der Universität beginnt die Heerstraße Wilhelms des Zweiten, das heißt, sie beginnt erst am Knie, aber hier empfing sie den Zeugungsstuh der Rufe. Der gewissermaßen geistige Zusammenhang dieser schnurgeraden Linie ist uns deshalb wichtig, weil er neuerdings durch Lederer und seine Kunst bestätigt und geweiht wurde. Vor dem Brandenburger Tor noch hat die Berliner Stadtverwaltung eine nackte, aber energisch mit allen Gliedmaßen ausstehende Dame ihm hinzugesetzt, und weit draußen in der Döberitzer Heerstraße stellte dieselbe auf hohes Piedestal einen nackten Mann, der im Sinne des Kontrapostes seine Glieder in Beziehung zu der Schönen am Brandenburger Tor setzt. Eine wahre Triumphtruppe von Kraft und Schönheit; alles von Lederer.

Berlin hat mit seinen öffentlichen Denkmälern in der wilhelminischen Ära recht wenig Glück gehabt. Man will das Verfaulene nachhaken; der Wille ist lobenswerth. Aber der Effekt spricht nicht für einen sehr reifen Geschmack. Lederer ist ja noch nicht einmal der Schlümmiste. Aber muß es denn immer wieder der alte lederne Akademismus sein? Haben wir nicht genug von den hochendenden und stehenden Akten, die das linke Bein oder den rechten Arm vorstrecken und vice versa?

Was hat der nackte Jüngling mit seinen antiken Waffen eigentlich an der Universität zu tun? Die Studenten sind doch im Weltkrieg, soweit wie unterrichtet sind, in Feldgrau gefallen, von Granaten zerrissen, in Löchern verschüttet, von Giftgasen erstickt worden. Das war wohl nicht vornehm genug, das mußte mit Stillschweigen übergegangen werden. Und diese seltsame Bestimmung, neuteufsch in Ursprung und Ausführung, trat sich mit der reaktionären Akademie des Herrn Lederer, und es entstand diese nichtswürdige Kriegsallegorie, der der Reichspräsident seinen Segen auf den Weg gab.

Fünfundzwanzig Jahre Kalksandstein.

Gegenüber von Königswusterhausen am anderen Ufer der Dahme ragen weiße fast burgenartige Gebäude auf: Die Kalksandsteinwerke von Niederlehme. Hier wird ein Urprodukt der Mark hergestellt: der Kalksandstein. Des alten römischen Reiches Streulandbüchse birgt Schätze in sich, die in früheren Jahrhunderten noch nicht erkannt waren. Diese Kalksandsteinwerke bestehen jetzt 25 Jahre. Es handelt sich also um eine verhältnismäßig junge Industrie. Sie verdankt ihre Entstehung dem Baumeister Guthmann, der im Kalkstein einen brauchbaren Baustoff erkannt und sich für seine Verwendung eingesetzt hatte.

Ein Gang durch die Fabrik zeigt die Entstehung dieser Steine. Große Röhre führen den in Räderdorf gedrohenen Kalk heran, Lokomotiven schleppen Sand aus den in der Nähe gelegenen Sandbergen. Der Kalkstein wird einem Ringofen, der 26 Kammern enthält, überanimator, geröstet und dann von Kugelmöhlen zermalm. Abstellmaschinen schiden nun Sand und Kalkstaub im richtigen Verhältnis in eine Mischkammer, die sie innig durchknetet. Das angefeuchtete Gemisch steigt dann in 12 Meter hohe Silos empor und darf sich hier etwa zehn Stunden von den erlittenen Qualen erholen, bevor man es in eine der 20 glerigen Pressen hineinstürzt, die aus der Presse alle vier Sekunden zwei Mauersteine bereiten. Die Abteigearme jeder Presse reichen die Steine an zwei Arbeiter weiter, die sie sorglich auf einen Plattenwagen aufschichten. Diese Arbeiter schaffen im Takt des Automaten. Ihre Körper bewegen sich nach links und nach rechts, so wie die Maschine schwingt. Es hat den Anschein, als ob sie selbst nur ein Teil dieser Maschine wären. Und doch müssen sie ihre Arbeit verstehen, wenn ihnen die ungehärteten Steine nicht unter der Hand zerbrechen sollen. 22 Dampfessel von je 20 Meter Länge und 1,8 Meter Durchmesser sind zur Aufnahme der geprehten Steine bereit. Jeder der Kessel nimmt einen Zug von 13 an den Pressen mit Steinen beladenen Wagen auf. Reum Stunden lang werden die Steine hier einem Druck von 9 Atmosphären ausgesetzt. Dadurch erhartet sie und sind dann verwendungsbereit. Lokomotiven fahren sie zum Lagerplatz oder zu den Röhren, die sie dem Verbraucher zuführen. Das Werk hat seine eigene Kraftanlage, erzeugt seinen elektrischen Strom selbst und besitzt auch eine eigene Reparaturwerkstatt. Das Hauptgewicht wird auf die Verminderung der Transportkosten gelegt. Mechanische Ladeeinrichtungen und Vertüfung der Transportwege tragen dazu bei, daß dieses Ziel erreicht wird.

Zahlreiche Gebäude Berlins und in der Mark sind aus diesen Steinen erbaut. Neuerdings hat man Versuche mit besonderen Anstrichen gemacht, die sich innig mit dem Stein selbst verbinden, so daß neben der ästhetischen Wirkung auch die Struktur des Baustoffes erhalten bleibt und der Stein selbst noch weitaus weiterbeständiger wird. Die Kalksandsteinwerke von Niederlehme sind die größten ihrer Art in der ganzen Welt. Sie haben im Laufe von 25 Jahren 200 Millionen Steine geliefert. Und gerade an dieser Zahl kann man die wirtschaftliche Bedeutung der weißen Burg am Dahmeufer ermessen. W. W.

Die Galerie Goldschmidt-Wallerstein, Schöneberger Wer 36a, zeigt in ihrer Sommerausstellung Gemälde und Aquarelle von Feininger, Deeli, Koleschia, Furmann, Schmidt-Roßluff, u. a.

Das Residenztheater unterhält jetzt seine Besucher mit einem Schwanz älteren Stils „Der Rustergatte“ von Uvern Howard. Billy spielt nicht und trinkt nicht und bummelt nicht und vergöttert seine Frau. Das kann sie nicht vertragen. Solche Luendhaftigkeit hält sie für übertrieben. Der Rustergatte langweilt sie maßlos. Wenn der Trottel doch mal über die Stränge schlauchen wollte! Eines Nachts tut er ihr den Gefallen und läßt sich in persiflischer Situation mit der Frau seines Freundes überfallen. Ueber alle Beteiligten entläd sich ein höchst heiliges Gewitter, das mit einem vollen Sieg des Rustergatten endet. Mit großem Erstaunen sieht man an diesen in jeder Hinsicht sommerlich anspruchsvollen Theater, wie mit ältesten Mitteln frühlächste Stimmung erzeugt werden kann. Mancher Zuschauer freischt vor Vergnügen. Und der abgefeimte Kritiker, der die ganze Sache überholt findet, ertrappelt sich selbst bei herzlichem Gelächter. Er lacht über den Gatten des Walter Strom, der nicht nur ein Muster von Gatte, sondern auch ein Muster von Tränigkeit ist. Er steht über das Wechseln des Liebhabers Erich Köller nachsichtig hinweg und freut sich mit den Zuschauern über die kindliche und tomische Verzweiflung des ungetreuen Frauchens Blanche der Maria Reutichen. Obwohl der Regisseur Weiß für ein klotteres Tempo hätte sorgen können, quittierte man ihm mit lautem Beifall. E. Dgr.

Gegen die Verwilderung der Sprache. Das sächsische Ministerium für Volksschulbildung hat eine Verordnung an die höheren Schulen erlassen, in der es u. a. heißt: „Die wissenschaftliche Prüfungskommission für die Kandidaten des höheren Schulamts in Leipzig hat beim Ministerium beantragt, künftighin den Kandidaten des höheren Schulamts vor Zulassung zur Staatsprüfung eine Klausurarbeit aufzuerlegen, in der der Kandidat nachweist, daß er die deutsche Sprache in dem Umfange, in dem es seine Berufsaufgabe erfordert, genügend beherrscht. Anlässlich dieser Eingabe geben Beobachtungen der wissenschaftlichen Prüfungskommission bei der Durchsicht von Doktorarbeiten und Arbeiten für das Staatsexamen. Es hat sich herausgestellt, daß viele Kandidaten nicht fähig sind, ihre Gedanken in einwandfreiem Deutsch klar und geordnet auszudrücken. Es fehlt nicht an schweren Verstößen gegen Rechtschreibung, Grammatik, Stilistik und den logischen Zusammenhang. Die Prüfungskommission hat ihre Angaben durch reiches Material gestützt. Auch das Ministerium hat bei den Reifeprüfungsarbeiten vielfach gleiche Mängel festgestellt. Das Ministerium will von der Einführung einer Klausurarbeit, wie sie die wissenschaftliche Prüfungskommission beantragt hat, im Interesse des Ansehens der höheren Schule zunächst absehen. Es fordert aber die höheren Schulen auf, der Pflege der deutschen Sprache und des klaren und geordneten Gedankenaustauschs auf allen Stufen besondere Sorgfalt zu widmen und der Verwilderung auf diesem Gebiete nachdrücklich Einhalt zu tun.“

Umbau des Renaissance-Theaters. Am 16. beginnt Oskar Kaufmann mit dem Umbau des Renaissance-Theaters. Durch Eingriffe eines weiteren Teils des Hauses wird der Zuschauerraum stark vergrößert, ebenso die Bühne, die mit den Erfindungen moderner Bühnentechnik ausgestattet wird. Die Publikumslogeroben werden ins Foyer verlegt.

Waffnung eines getrorenen Mammuts. Im Ulfarje im Transbaikalgebiet ist ein gut erhaltener getrorenes Mammutsbaue aufgefunden worden. Die Akademie der Wissenschaften hat sofort eine Sonderexpedition nach Ulfarje zwecks Ueberführung des Mammuts nach Leningrad abgeandt.

Rachefeldzug der Frankenfälscherregierung.

Ein politischer Monsterprozess in Budapest.

Die Frankenfälscherregierung will sich für die ungeheure moralische Niederlage, die ihr der Frankenfälscherprozess eingetragen hat, durch einen faktischen Gegenzug schadlos halten. Um die Aufmerksamkeit von ihren Freunden, die in aller Stille mit Hilfe des Fälschgeldes und der gefälschten öffentlichen Meinung den kalten Putsch vorbereiteten, abzulenken, hat sie einen Prozess gegen angeblich umstürzlerische Gelehrte des Häufchens ungarischer Kommunisten inszeniert. Damit soll auch die sozialistische Idee in Ungarn getroffen werden, da zusammen mit den Kommunisten auch führende Mitglieder des früheren oppositionellen Flügels der ungarischen Sozialdemokratischen Partei, die später die ungarische Sozialistische Arbeiterpartei gegründet haben, auf die Anklagebank gesetzt worden. Doch es sich hier in erster Linie um eine Revanche für die unsterbliche Blamage der Frankenfälscheraffäre handelt, beweist schon allein die eine Kleinigkeit: Es wird den Kommunisten unter anderem vorgeworfen, daß sie neben den verschiedenen Vorfällen während einer Demonstration auch den Ruf „Nieder mit den Frankenfälschern“ erschollen ließen.

Der Monsterprozess gegen die 55 Angeklagten begann am 12. Juli vor dem königlichen Staatsgerichtshof. Neben Rakosi, Górges, Szabo und anderen sind vor den Richtern, wie bereits erwähnt, auch eine Anzahl Sozialisten erschienen. Dr. Paradi und Górges sind beiseiten geschickt. Es wird allen vorgeworfen, den „Umsturz und die Vernichtung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ vorbereitet zu haben.

Der Prozess geht unter der Firma Rakosi und Genossen. In Wirklichkeit aber haben eine Reihe Angeklagte mit Rakosi nichts gemein. Das ergibt sich selbst aus der Anklageschrift, die allein auf Angaben der politischen Polizei und ihrer Spitzel fußt. Während Rakosi und einer Reihe ungarischer Kommunisten zur Last gelegt wird, daß sie in Wien mit Agenten der 3. Internationale Konferenzen abgehalten und von ihnen Geld angenommen, Bildungskurse abgehalten oder an solchen teilgenommen hätten, an der Gründung einer ungarischen Kommunistenpartei im Juni 1925 beteiligt gewesen seien und sich in den Vorstand hätten wählen lassen, werden andere beschuldigt, daß sie in Budapest die Arbeiter und die Gewerbetreibenden kommunistisch zu organisieren versucht, Flugblätter verbreitet, zu Demonstrationen aufgefordert hätten — alles mit dem Ziele, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten. In der ganzen Anklageschrift ist jedoch keine einzige konkrete Handlung genannt, die selbst als Vorbereitung zum Umsturz bewertet werden könnte.

Noch weniger begründet erscheint die Anklage gegen die früheren Mitglieder der sozialdemokratischen Opposition. Die Anklageschrift muß selbst zugeben, daß die Deklaration bei der Gründung der ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei dahin ging, daß die neue Partei die Verwirklichung der wirklichen Demokratie erstrebe, jedoch nicht im gemeinsamen Kampf mit der Bourgeoisie, sondern gegen sie und unter Verzicht auf eine Koalitionspolitik. Es wird den Angeklagten aber vorgeworfen, daß sie in ihrer Reihe führende Kommunisten gebildet hätten, die die ungarische sozialistische Arbeiterpartei als Wankeltänzer für ihre kommunistischen Bestrebungen benutzt hätten. Da selbst die Formen ihrer eigenen Tätigkeit werden ihnen zur Last gelegt.

In Wirklichkeit muß es aber den Anklagebehörden wohl bekannt sein, daß die Vertreter der ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei, Dr. Vadari und Górges auf dem Pariser internationalen sozialistischen Kongress um Zulassung nachgesucht haben. Die Frage der Zulassung ist damals offen geblieben. Sie wären aber mit einem derartigen Ersuchen an den Kongress nicht herangetreten, wenn sie nicht auf dem Boden der 2. Internationale gestanden hätten. Ohne im Augenblick auf die Gründe der Spaltung innerhalb der ungarischen Sozialdemokratie einzugehen, sei nur erinnert, daß im Jahre 1924 die 2. Internationale in Wien unter dem Vorsitz des Genossen Karl Kautsky eine Kommission einsetzte, die eine Versöhnung beider Flügel der Partei herbeiführen sollte. Dieses mißlang damals. Es kam zur Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei, deren Führer Mitglieder dieser Kommission gewesen waren. Mit der 3. Internationale hatten sie jedoch nichts gemein. Nun sitzen sie aber auf der Anklagebank neben den Kommunisten und sind des „Umsturzes und der Vernichtung der staatlichen und der gesellschaftlichen Ordnung“ beschuldigt.

So stellt in Wirklichkeit dieser Monsterprozess nichts anderes dar als ein neues Kapitel der schmachvollen Politik der Unterdrückung jeder freiheitlichen Bewegung innerhalb der ungarischen Arbeiterklasse. Die an den Haaren herangezogene Anklage soll eine Reihe Sozialisten und Kommunisten ins Zuchthaus bringen. Man kann die Taktik der Kommunisten für noch so verächtlich halten, die Spaltung der ungarischen Sozialdemokratie noch so bedauern, aber jeder anständig denkende europäische Arbeiter wird den schamlosen Versuch, die Justiz zum Instrument der Unterdrückung der Meinungsfreiheit — und um nichts anderes als allein um Propaganda, wenn vielleicht auch radikale, handelte es sich bei den Angeklagten — aufs schärfste verurteilen. Es bleibt nur zu hoffen, daß das ungarische Gericht sich nicht dazu ergibt, einen Akt schändlicher Klassenjustiz zu begehen. Den Gipfel der Unverschämtheit aber bildet der Punkt der Anklage gegen Rakosi und Weinberger, der da lautet, daß sie sich zu ihren umstürzlerischen Zwecken falscher Pässe aus gewinnstüchtigen Motiven bedient hätten; daß sie sich nämlich von Moskau bezahlen ließen, um mit dem Umsturz sich eine Existenz zu verschaffen. Die Frankenfälscher, die eine trodene Revolution herbeiführten, haben selbstverständlich nicht aus gewinnstüchtigen Motiven und nicht um fetter Posten willen gehandelt.

Deutsch-schweizerischer Handelsvertrag.

Anwendung des Ermächtigungsgesetzes.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz haben am 10. Juli zu einer vollkommenen Einigung geführt. Die Unterzeichnung des Vertrages soll am 14. Juli erfolgen. Im einzelnen ist nach Meldung der „Industrie- und Handelszeitung“ der Vertragsinhalt bisher an den zuständigen Stellen noch nicht bekannt. Die Vorbereitungen zu seiner Veröffentlichung werden nach der demnächst zu erwartenden Rückkehr der deutschen Delegation beginnen. Für das Inkrafttreten des Vertrages wird das jüngst ergangene Ermächtigungsgesetz Anwendung finden und daher für den Zeitpunkt die in diesem Gesetz ausgesprochene Drei-Monatsfrist zu berücksichtigen sein.

An der Dobrudschagengrenze überfiel eine Bande bulgarischer Kommissare die rumänische Grenztruppe. Ein Soldat wurde getötet und mehrere verletzt. Die Regierung Averescu unternahm in Sofia einen diplomatischen Schritt.

Das Picknick im Schaufenster.

Was einem doch alles für interessante Dinge passieren können. Nicht so im Vorbeigehen. Und zwar in der festlich dekorierten Schaufensterauslage einer Automobilhandlung am Zoo. Mitten ins Grüne hingelagert, dicht neben sich den Benz (der zum Verkauf steht und um den sich das ganze Theater dreht) liegt die Familie — nennen wir sie nach dem wahrscheinlichen Gatten Generaldirektor M. — beim Picknick. Das heißt, sie liegt nicht — sie sitzt, — auf eleganten, niedlichen Klappstühlen. Ein überproportionierter Vater, eine nicht minder reichliche Mutter und das rationierte eine Kind. Das alles natürlich aus Holz. Und mit Lackfarbe angemalt. Eben Puppe. Auf einem sauberen Tischtuch vor der zu umfangreich geratenen Mutter adrett aufgeschichtet sind die delikatesten Lederbissen zu sehen. Ein kleines, sorgfältig sortiertes Lebensmittellager für Genießer. Tee, Würstchen, Landbierwürstchen, ff. Schinkenwürstchen, Käseschnitzchen, Sardellen, und natürlich — nicht zu vergessen — die Krönung des biedereren Direktorenmahls: „Kaisers Jagdwurst“ unfeigen Angedenkens. Was alles kaum sonderlich beachtenswert wäre. Aber wo, wo ist der Chauffeur?! Der Mann, der die Familie des Direktors M. so sicher wie in Abrahams Schoß im Benz an diese so herrlich grüne Stelle fuhr? Der sitzt, in taftvoll erfüllter Distanz, weitab im Hintergrund, ganz an den Rand der Schaufensterauslage gepreßt, auf einem zu diesem Zwecke von der Natur gütigst belassenen Stein. Einen Teller zwar hat er noch, fast genau wie keine „Herrschaft“ auf den drei niedlichen Klappstühlen. Aber wahrhaftig ist der unkultivierte Mann mit dem Messer, denn das Besteck fehlt, und für das hübsche Blutwurst, das man ihm zur Stärkung vorgelegt hat, wird er auch ohne die Hilfsmittel der Zivilisation fertig werden. So meinte wohl jener scharfsinnige Kopf, der für diese treffliche Dekoration der Automobilfirma verantwortlich zeichnet.

Aber im Ernst: Es ist schon ein gutes Stück sozialen Anschauungsunterrichts, — dies getrennte Picknick des Direktors M. und seines Chauffeurs.

Lokaltermin auf der Aous.

Die Verlehten auf dem Wege der Besserung.

Auf der Aous fand heute vormittag eine Inaugurationsfeier der Bahn und ihrer Anlagen durch die Vertreter der zuständigen Behörden und der interessierten Verbände statt. Unter den Erschienenen sah man den Polizeipräsidenten Orzeinstz.

Die Stellen, an denen sich während des Rennens am letzten Sonntag Unfälle ereignet hatten, wurden eingehend besichtigt und dabei alle Einzelheiten der Vorgänge durchgesprochen. Auch die Bahn selbst wurde durch eine Rundfahrt einer Prüfung unterzogen. In einer Reihe von Feststellungen gingen naturgemäß die Ansichten der Beteiligten auseinander. Von der Aous und den automobilsportlichen Verbänden werden nunmehr auf Grund der heute getroffenen Wahrnehmungen in kürzester Zeit den Polizeibehörden Vorschläge darüber unterbreitet werden, welche Änderungen auf bzw. an der Bahn vorgenommen werden müssen, zumal hinsichtlich der Anordnung einer Reihe von Anlagen, wenn eine solche Veranstaltung wie das Internationale Automobilrennen wieder geplant sein sollte. Für den laufenden Verkehr ist natürlich auf der Aous, wie einstimmig festgestellt wurde, nicht die geringste Gefahr vorhanden. Von den Vorschlägen der Automobilkreise, die von den Behörden sorgfältig geprüft werden sollen, werden die weiteren Entscheidungen der zuständigen Polizeistellen hinsichtlich der Genehmigung derartiger Veranstaltungen auf der Aous abhängen. Für dieses Jahr ist ohnehin auf dieser Strecke kein Rennen mehr in Aussicht genommen. — Im Befinden der am letzten Sonntag Verlehten ist erfreulicherweise keine Verschlechterung eingetreten. Rosenberger ist aus der Klinik entlassen und hat heute früh mit dem planmäßigen Flugzug der Deutschen Luftbanja die Reise in seine Heimatstadt Stuttgart angetreten. Der Zustand seines Mitfahrers Koggalin, des Franzosen Chafagny, des Ingenieurs Mederer und des Studenten Kleinste ist zufriedenstellend. Der französische Belfahrer Ripet dürfte morgen aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Der Schrei nach Brot.

Erwerbslosen tumulte vor dem Arbeitsnachweis.

Vor dem Arbeitsnachweis in der Gormanstraße kam es heute vormittag gegen 10 Uhr zu Zusammenstößen der Erwerbslosen mit der Polizei. Die Ursache des Tumults war die angeblich mangelhafte Ubertigung auf dem Frauenarbeitsnachweis. Einzelne Frauen sollen von 8 bis 10 Uhr in der Sonnenhitze gewartet haben. Die Erregung der Arbeitslosen war so groß, daß die Leitung des Arbeitsnachweises Polizei herbeirief. Mehrere Streifen, insgesamt 24 Mann, räumten das Gebäude und regelten es ab. Der Haupteingang wurde gesperrt. Der Zugang von der Rüderstraße wurde für den Verkehr offen gehalten. Zu irgend welchen erheblichen Zusammenstößen ist es jedoch nicht gekommen. Die Polizei nahm einige Sittierungen vor. Die Ansammlung war zeitweise bis zu 2000 Mann stark. Gegen 11 Uhr begann die Menge auseinanderzugehen.

Diese Vorkommnisse sind eine Warnung für diejenigen, die es angeht. Es ist Sache des Magistrats, mit aller Energie für Beschäftigung Sorge zu tragen. Mit der gefährlichen Politik des Händelnden-Schloßens ist die kritische Situation auf keinen Fall zu meistern. Unbedingt muß Vorbeuge dafür getroffen werden, daß die Erwerbslosen nicht so lange Zeit bei der großen Hitze warten müssen.

Die Unwetterschäden in den städtischen Forsten.

Die Unwetter, die in der vergangenen Woche über die Umgebung von Berlin niedergelassen sind und schwere Unglücksfälle zur Folge hatten, haben auch in den Gebieten der städtischen Forsten beträchtlichen Schaden hervorgerufen. Wenn auch infolge der günstigen Lage der städtischen Wälder direkte Ueberschwemmungen glücklicherweise nicht zu verzeichnen sind, so haben doch die bewaldeten Ufer der Seen, vor allem des Wannsees und Müggelsees stark unter den wolkenbruchartigen Regengüssen und dem Ansteigen des Wasserpiegels gelitten. Ganz besonders sind die zahlreichen steilen Hanghänge in Mitteldensität gezogen worden, und hier sind an verschiedenen Stellen Abrutsche zu verzeichnen, die auch starke Schäden des Waldbestandes mit sich gebracht haben. Wie wir aus Kreisen der städtischen Forstverwaltung hören, hat man sich dort vor einigen Tagen ein Bild über den angerichteten Schaden gemacht, und die Kosten der Wiederauf- forstung und Ausbesserung der Ufer und Hänge werden auf etwa 15. bis 20 000 Mark geschätzt. Der Waldbestand, der in anderen Revieren durch die Unwetterkatastrophen großen Schaden erlitten hat, ist glücklicherweise in den städtischen Forsten verschont geblieben. Nur auf den Feldern hat das Fuderwild etwas gelitten, der Schaden ist aber nicht nennenswert, da die städtischen Forsten nur sehr wenig Hasen, Wildenten, Rebhühner usw. haben.

Phantastie oder Wirklichkeit?

Eine außergewöhnlich schwere Flederei zeigte am Sonnabend vergangener Woche bei der Kriminalpolizei ein 26 Jahre alter Kaufmann H. aus Tempelhof an. Die Kriminalpolizei steht seiner Anzeige sehr skeptisch gegenüber und hat durch die Vernehmung des jungen Mannes einige Widersprüche erwiesen. Auch die Ermittlungen haben keine Bestätigung seiner Mitteilungen gebracht.

Seine rege Phantastie erklärt sich vielleicht daraus, daß H. früher Seemann war und infolgedessen gern „Barn spinnt“.

Am Sonnabend, den 26. Juni, hatte H. von seinem Schwiegervater den Auftrag bekommen, 500 Mark zur Reichsbank zu bringen. Auf dem Untergrundbahnhof Spittelmarkt machte er die Bekanntschaft eines jungen Mannes. Mit ihm unterhielt er sich über die Sehenswürdigkeiten Berlins, besonders über das Glockenspiel der Parochialkirche. Auf der Fahrt nach dem Hausvogteiplatz rauchte er zwei Zigaretten, die ihm der Fremde angeboten hatte und als er gegen 10 1/2 Uhr auf dem Hausvogteiplatz stand, verlor er plötzlich das Bewußtsein. Am Dienstag, den 29. Juni, nachmittags um 3 1/2 Uhr, kam er wieder zu sich und fand sich zu seinem ungemessenen Erstaunen in Brombeerbüschchen in der Nähe des Freibades Wannsee finden. Was in der Zwischenzeit mit ihm geschehen und wie er dorthin gekommen war, weiß er nicht. Er erwiderte aber, daß ihm seine Uhr, sein Verlobungsring und die Brieftasche mit den anvertrauten 500 Mark fehlten. Nach seiner Meinung haben die Zigaretten des Fremden ein Narkotikum enthalten, das ihn seiner Sinne beraubte. Da er sich mit seinen ausgeleerten Taschen nicht nach Hause traute, so irrte er volle sieben Tage im Brunwald umher. Als sein Geburtstag, der 6. Juli, heran- nahte, glaubte er auf eine persönliche Stimmung rechnen zu dürfen, lehrte heim und berichtete der staunenden Familie von seinen Abenteuern. Die allgemeine Annahme geht nun dahin, daß die 500 M. einen großen Teil der Schuld an seiner Betäubung tragen, die wohl weniger von Zigaretten als von solidem Alkohol herrührte. Sollte jemand in der Zeit vom 26. bis 29. Juni im Brunwald einen jungen Mann bewußtlos haben liegen sehen, so wird er gebeten, sich bei Kriminalkommissar Lobbes im Polizeipräsidium zu melden.

Nächtliches Großfeuer in Moabit.

Zwei Feuerwehreinheiten verlegt.

Ein gewaltiges Feuer beschäftigte gestern nacht sechs Löschzüge der Berliner Feuerwehr in der Döberlitzer Straße 2, in Berlin NW., das in kurzer Zeit zwei Dachflügel und einen großen Schuppen, in dem erhebliche Mengen Packmaterialien lagerten, in Asche legte.

In dem Hause Döberlitzer Straße 2 sind ausgedehnte ein- und zweistöckige Fabrikgebäude der Alfa-Laval-Separator GmbH., in denen Zentrifugen und andere Kalkreibedarsartikel hergestellt werden. Kurz nach 1/3 Uhr morgens wurde auf dem Hof ein Feuerzeichen wahrgenommen. Ein auf dem Hof stehender Schuppen stand in hellen Flammen. Nur wenige Meter davon entfernt grenzen an den Schuppen die Werkstätten. Bis zum Eintreffen der sofort herbeigerufenen Feuerwehr, verstrichen aber wertvolle Minuten, so daß das Feuer, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff, sich auf das Dachgehöck des einstöckigen linken Seitenflügels, in dem eine Tischlerei untergebracht ist, und auf den Dachstuhl des zweistöckigen Uebergebäudes ausbreitete. Unter Leitung des Oberbranddirektors Gemp, sowie mehrerer Bauräte, wurde der große Flammenherd von allen Seiten mit etwa 12 Schlauchleitungen angegriffen. Starke Hitzeentwicklung und beider Qualität erschweren die Löscharbeit, so daß teilweise mit Rauchschuttmasten gearbeitet werden mußte. Erst nach mehrstündigem Wassergeben war die Nacht des Feuers gebrochen. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die Vormittagsstunden hin. Die Entstehungsurache ist bisher noch unbekannt. Der Schaden soll erheblich sein. Bei den Löscharbeiten wurden 2 Feuerwehreinheiten durch Brandwunden verletzt, so daß sie für einige Zeit dienstunfähig sein werden.

Zwei Arbeiter bei einem Gerüstesturz schwer verletzt.

Ein folgenschweres Unglück, bei dem zwei Arbeiter schwer verletzt wurden, ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr in der Ranken- & Co. Manufakturstraße in Neukölln. An dem Schhaus sollen Reparaturarbeiten vorgenommen werden und zu diesem Zweck wurde heute vormittag ein Gerüst errichtet, wobei mehrere Arbeiter beschäftigt waren. Plötzlich gab ein Teil des Gerüsts nach und der 23jährige Gerüstbauer Fritz Kemmer, Kottbuser Damm 20, und der 22jährige Gerüstbauer Erich Hähnel aus der Drehschulz 16 stürzten aus der Höhe des zweiten Stockwerks auf den Bürgersteig. In schwerverletztem Zustand wurden sie durch einen Wagen des städtischen Rettungsamtes in das Urbanfrankenhaus übergeführt, wo bei R. ein Armbruch, innere Verletzungen und eine Gehirnerschütterung, bei H. ein Wirbelsäulenbruch und gleichfalls eine Gehirnerschütterung festgestellt wurden. H. dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

„Pferdewohl.“

Viele Menschen treten theoretisch für den Schutz der Tiere ein, werden aber in der Praxis zu Tierquälern aus Unverständnis heraus. Gerade das Pferd wird am brutalsten behandelt. Darum ist es mehr als angebracht, wenn auf dem Gebiete des Pferdeschutzes Praktiker zielweisend ans Werk gehen. Dieser Auffassung ist auch der Verein „Pferdewohl“ in Dresden, der, unterstützt von der „Pferdebeschützungsvereinigung“, zu einer Vorführung nach dem Tatterfall-Beer-Mann eingeladen hatte. Besorgte Pferde durfte man als Demonstrationsobjekte für Inspektor Hans Frank mitbringen. Die Untugenden der Pferde haben nämlich größtenteils ihre Ursache in menschlicher Schuld. Die beiden vorgeführten „Verbrecher“ waren sehr verschiedenartig. Zunächst kam ein bildschöner Fuchs, ein sonst lammtrommer Burke, der sich aber bisher nicht beschlagen ließ. Durch Ablenken, jedoch nicht durch Aussehen der schweren Bremsen, sowie gültiges Jureden fühlte das Tier sich schliechlich veranlaßt, wüßig die Beine zu heben. Dann erschien eine böse Stute, sie ist Weißer, Schlager, läßt sich kein Geschick auslegen, will nicht ziehen, ist eigig und ängstlich. Alle diese Untugenden sind natürlich nicht an einem Nachmittag auszumergen, doch wurde deutlich gezeigt, daß auch in der Behandlung dieses Tieres der richtige Weg beschritten wird, wenn man Schmerz anwendung vermeidet und das Pferd sich nicht unter Zwang fühlt.

Beim Baden im Freibad Schwettersinghorst in der Spree erkrankt gestern abend der 20jährige Glaschleifer Kiraly Soltan aus der Marienhüttenstraße 89/91 in Köpenick. Dem sofort alarmierten Reichswasserschutz gelang es erst nach mehrstündigem Suchen, die Leiche des Ertrunkenen zu bergen.

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß in Paris. Durch den Zusammenstoß von zwei Straßenbahnzügen wurden gestern abend 15 Personen verletzt.

Groß-Berliner Parteinarichten.

- 12. Abt. Mittwoch, den 14. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Schmidt, Wilschstraße 17, Arbeitslosen-Mitgliederbesprechung.
- 23. Abt. Mittwoch, den 14. Juli, 7 1/2 Uhr, Zehlschende bei Erwanhomat, Cöcher, — Taube, Märkte. — Tische, Parfüm. — Alle Genossen müssen erscheinen. Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde, Kreis Mitte. Die Gruppe Wagners veranstaltet am Mittwoch, den 14. Juli, ihre Jahresfeier in Birkenwerder — Rinderaland. — Kinder anderer Gruppen herzlich willkommen. — Fahrpreis 40 Pf. — Treffpunkt früh 7.30 Uhr am Vappelpark.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

27. Abt. Am 9. Juli 1926 verstarb der Genosse Polizeiwachmeister Alfred Wolff, Grevlenbagger Str. 13. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. Juli 1926, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:

Neukölln III: Der Vortrag „Einführung in den Sozialismus“ findet im Heim, Schierstraße 44 statt.

Gewerkschaftsbewegung

Der englische Bergarbeiterkampf. Wohin steuert Cool?

Die Vorgeschichte des seit 11 Wochen währenden Kampfes der Bergarbeiter muß hier als bekannt vorausgesetzt werden. Der Streik liegt weiter zurück, doch sein Austrag war durch die staatliche Subventionierung der privaten Bergbaubetriebe aufgeschoben worden. Der Bericht der Kohlenkommission zeigt die notwendigen Maßnahmen zur Reorganisation des Bergbaubetriebes auf, allein die Unternehmer wollen die Kosten der Rationalisierung nicht nur nicht allein tragen, sondern sie am liebsten den Schultern der Bergarbeiter vollständig aufbürden. Die Regierung hat sich mit der gesetzlichen Verdrängung des Siebenstundentages durch den Achtstundentag auf die Seite der Unternehmer gestellt, die entweder Lohnföhrungen oder Arbeitszeiterlängerung, am liebsten beides zugleich wollten. Die Kreise, die sich für den Achtstundentag einsetzten, waren selber verblüfft von den neuen Lohnvorstellungen, die die Unternehmer daraufhin machten, das heißt von der Absicht der Unternehmer, nun trotz der verlängerten Arbeitszeit auch die Löhne erheblich herabzudrücken.

Die englischen Bergarbeiter sind durchaus im Recht, wenn sie sich der Anschläge des Unternehmertums zu erwehren suchen. In ihrem Kampfe kommt es jedoch darauf an, ob sie die Macht haben, jegliche Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu verhindern. Die wirtschaftliche Konjunktur sowohl in England als auch in den übrigen europäischen Ländern, die in einer schweren wirtschaftlichen Krise stecken oder aber, wie Frankreich und Belgien, in einer Währungskrise, der Inflation, ist denkbar ungünstig. Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der Streikleitung, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, und zu versuchen, möglichst rasch zu einem möglichst günstigen Ausgleich zu kommen. Es ist natürlich leichter und „radikaler“, sich auf den Standpunkt des Kampfes bis zum äußersten zu stellen, wie es Cool, angelehnt durch seine Moskauer Freunde, tut, allein das Risiko ist zu groß, die Wahrscheinlichkeit des Erfolges zu gering, um den Kampf bis zum Wehbluten zu verlängern, der nach allem keinen vollen Erfolg bringen kann, eher eine schwere Niederlage.

Der Bergarbeiterkampf findet leider nicht einmal im eigenen Lande die Unterstützung, die er unter günstigeren Allgemeinverhältnissen finden müßte und finden würde, weil er sie nicht finden kann. Aus dem Verhalten der nächstbeteiligten Gruppen, der Organisationen des englischen Bergbauwesens, der Hafenarbeiter, der Seeleute und der Eisenbahner, ziehen die Arbeiter der übrigen Länder ihre Schlüsse. Wer den Bergarbeitern wirklich dienen will, wenn es nicht gleichgültig ist, welche Arbeitsbedingungen im englischen Bergbau vor sich fallen, wenn das Schicksal der 1200.000 Kämpfenden samt ihren Familien am Herzen liegt, der wird ihnen raten müssen, die Gelegenheit nicht zu veräumen, vom Standpunkt des kleineren Übels aus, eine Einigung herbeizuführen, wozu die Aussichten günstiger sind, solange die Kampffront noch ungebrochen ist. Das ist zwar nicht radikal, zumal nicht bolschewistisch, aber es ist vernünftig.

Nun macht sich in diesem Kampfe eine uns in Deutschland zwar schon bekannte Erscheinung bemerkbar, die für England neu ist und noch nie in diesem Umfang und in solcher Klarheit zu verzeichnen war: die Sowjetregierung liefert den Löwenanteil der Streikgelder. In diesem Punkte kommt jetzt die Arbeiterschaft keines Landes, können die ganzen IGB-Gewerkschaften den Beistand mit Moskau nicht aufnehmen. Der Streik kann auf diese Weise verlängert werden, die ganze Kampfsituation wird jedoch verflücht. Weil die Arbeiterschaft der übrigen Länder die englischen Bergarbeiter in ihrem Kampfe nicht derart unterstützen kann, wie die Mitglieder der Moskauer Internationale, wird ihr von Cool ganz offen zum Vorwurf gemacht, sie wolle die Kämpfenden nicht unterstützen, ihre Solidarität verirage. Man mag Cool zugute halten, daß es jetzt für ihn darauf ankommt, für ausreichende Unterstützung der Kämpfenden zu sorgen, und daß er die Gelder nehmen muß, ohne danach zu fragen, woher sie kommen, aus welchen Motiven heraus sie gegeben werden.

Schließlich muß aber auch der Moskauer Brunnen einmal versiegen. Dann allerdings wird man sich in den Kreisen Cools und in Moskau selbst darauf berufen, daß Moskau sein möglichstes getan, die Amsterdamer Internationale jedoch verlagert habe und es ihre Schuld sei, wenn der Kampf erfolglos blieb. Ist auch der englischen Bergarbeiterkampf nicht damit gebendet, wenn ihre persönlichen Opfer sich am Ende als unnützlich erweisen, wenn sich herausstellt, daß das schließliche Ergebnis weit früher zu erreichen war, in weit kürzerer Frist und mit weit geringeren Opfern, so ist doch Moskau damit gebietet, wenn es über einen „Amsterdamer Verrat“ schelten und sich als den einzig wahren Jakob in der modernen Arbeiterbewegung aufspielen kann. Für die Zwecke Moskaus ist es wünschenswert, daß der Kampf resultatlos verläuft, weil ihm die dann aufkommende Stimmung günstiger erscheint, als eine gewisse Zufriedenheit mit einem Vergleich.

Cool hat sich durch seinen Alles-oder-Nichts-Standpunkt in eine Sackgasse verrammt. Er gebraucht die Moskauer Gelder und bezogt sich damit in Abhängigkeit von Moskau, das bezahlt und dafür auch büßert. Ob Cool es sieht oder nicht, ob er es will oder nicht, er ist der Gefangene Moskaus, er muß heute nach der Moskauer Pfeife tanzen. Er spielt diese Rolle sicher nicht ungern, zu der ihn sein Temperament geführt hat, und ihm wird reichlich Wehtraub dafür gekaut. Wenn Cool nur persönlich die Erfahrung machen müßte, daß am Papste stirbt, wer vom Papste ist, dann wäre es seine Sache und sein Wort darüber zu verlieren. Aber das Schicksal der englischen Bergarbeiter für die nächsten Jahre, vielleicht für ein Jahrzehnt und länger, steht auf dem Spiel. Die russischen Rubel, die ihnen Cool bringt, müssen sie allzu hoch verzinsen. Vielleicht ist es noch Zeit zur Warnung. Wer die Dinge kennt und sieht, muß den Rat haben, den englischen Bergarbeitern reinen Wein einzuschenken und alles daran setzen, die Bewegung zu einem baldigen Abschluß zu bringen, der für die Bergarbeiter das Bestmögliche bietet, das aus ihrem Kampfe herauszuholen ist.

Neuer Delegiertenkongreß der Bergarbeiter.

London, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wie am Montagabend aus der konservativen Presse hervorgeht, sind die neuen Lohn- und Arbeitsangebote der Unternehmer im Bergbau völlig erfolglos geblieben. Die Front der Bergarbeiter ist nach wie vor völlig ungebrochen; in mehreren Massenversammlungen haben die Bergarbeiter am Montag die Bedingungen der Unternehmer einmütig verworfen. Als nächster Schritt ist nunmehr mit Bestimmtheit ein neuer Delegiertenkongreß der Bergarbeiter zu erwarten, der insofern für das weitere Schicksal des Kampfes im englischen Bergbau von Bedeutung sein wird, als diese Konferenz zum ersten Male über den Kohlenbericht zu entscheiden haben wird.

„Schaffe sich jeder einen Koffonds!“

Die vorstehende Ueberschrift trägt ein Aufruf in Nr. 243 des „Vorwärts“ vom 26. Mai, in dem nachdrücklich auf die Notwendigkeit für jeden Arbeiter verwiesen wird, angesichts der unausbleiblichen Lohnkämpfe, die durch die unorganisatorischen Lohnabbaumaßnahmen des Unternehmertums heraufbeschworen werden, dafür besorgt zu sein, sich einen individuellen Koffonds für die Zeit von Streiks und Aussperrungen anzulegen. Zur Anlage eines solchen Koffonds seien insbesondere die Konsumgenossenschaften die geeigneten Organisationen, indem sie die alljährliche Rückvergütung auf den Umlauf ihrer Mitglieder nach Auffüllung des Geschäftsanteils auf einem besonderen Konto (Koffondskonto) festhalten und als Grundstock für einen Fonds dienen lassen könnten, der nur in bestimmten Fällen, zu denen Streiks, Aussperrungen usw. zu rechnen wären, in Anspruch genommen werden dürfte. In dem Aufruf wird weiter gesagt, daß in der Konsumgenossenschaft Berlin diese Einrichtung noch nicht bestehe, sondern hier wolle die Geselligkeit die Rückvergütung (der angemessene Ausdruck „Dividende“ ist nicht recht am Platze) zum Jahresabschluß auszuschütten, soweit sie nicht auf den Geschäftsanteil gutgeschrieben wird; mit dieser Geselligkeit müsse geachtet werden, an ihrer Stelle sei jedem Mitglied, nachdem es seinen Geschäftsanteil voll eingezahlt habe, ein Konto für Koffonds einzurichten, dem nun die Rückvergütungsbeträge überwiesen werden. Erwünscht erscheine es weiter, wenn diese Koffondskonten durch kleine Baranzahlungen der Mitglieder zur schnelleren Auffüllung gelangten.

Diese Ausführungen verdienen zweifellos größte Beachtung bei allen Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitgliedern; erste Voraussetzung für die Durchführung des Gedankens ist allerdings, wie in dem Aufruf ganz richtig angedeutet wird, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder in stärkerem Maße als bisher den Konsumgenossenschaften anschließen — das Eintrittsgeld beträgt nur 50 Pf. — und der Genossenschaft auch ihre ganze Kaufkraft zuwenden. In dieser Beziehung bleibt leider allerwärts, besonders aber in Berlin, noch sehr viel zu wünschen übrig, trotz der wiederholten befürwortenden Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und der gleichgerichteten Bemühungen der Dreiausschüsse.

Eine Anzahl von Konsumvereinen, in erster Linie ist hier die „Hamburger Produktion“ zu nennen, haben „Koffondskonten“ bereits vor vielen Jahren zur Einführung gebracht. Bezüglich der Berliner Verhältnisse ist bezeichnend zu bemerken, daß auch die Konsumgenossenschaft Berlin an dem ferngelagerten Gedanken nicht achtlos vorübergegangen ist, wenn auch die Durchführung einzelne Abweichungen aufweist. Nach den vor einigen Jahren verbesserten Genossenschaftsbedingungen werden die Rückvergütungsbeträge, wie allgemein üblich, zur Ansammlung des Geschäftsanteils verwendet; auch nach Auffüllung des Geschäftsanteils erfolgt keine Auszahlung der fälligen Rückvergütung, sondern sie wird dann dem Mitglied auf ein von ihm angelegtes Sparbuch übertragen oder es wird, wenn ein solches Sparbuch für das betreffende Mitglied nicht bereits vorhanden ist, ihm ein Sparbuch eingerichtet und mit der Gutschrift der Rückvergütung zugestellt. Damit ist die Grundlage eines Koffonds geschaffen, dem auch die ferneren Rückvergütungsbeträge zugeschrieben werden. Der Unterschied zwischen der Hamburger und Berliner Art des Koffonds besteht nur darin, daß in Berlin die auf die zum Teil zwangsausfüllig eingerichteten Sparbücher gutgeschriebenen Beträge den Mitgliedern zur freien Verfügung stehen, während in Hamburg die Auszahlung gewissen hemmenden Bestimmungen unterworfen ist. Bei genauerer Prüfung dürfte sich indes ergeben, daß in der Praxis der Unterschied verschwindet, da auch in Hamburg in Fällen — und in welcher Arbeiterfamilie treten diese nicht regelmäßig ein, man denke nur an die gegenwärtige Arbeitslosigkeit — die Auszahlung erfolgt. Die Hemmungen dürften sich also in Wirklichkeit meist auf dem Papier stehend erweisen und deshalb hat die Konsumgenossenschaft Berlin es vorgezogen, von ihnen abzusehen; den Mitgliedern ist das Verfügungsrecht über die auf dem Sparbuch übertragenen Rückvergütungen frei belassen worden. Wie sich die Berliner Form des Koffonds auswirkt, darüber liegen in der Berliner Konsumgenossenschaft noch keine abschließenden Erfahrungen vor, da hier der 60 M. betragende Geschäftsanteil erst von einem sehr geringen Teil der Mitglieder voll erreicht ist; jedoch berichtet ein norddeutscher Konsumverein, der die gleichen Einrichtungen wie Berlin getroffen hat, daß rund zwei Drittel der auf Sparbuch übertragenen Rückvergütungen auf die Dauer als Koffonds stehen bleiben. Dies Ergebnis dürfte von den Erfolgen der nach Hamburger Art eingerichteten Koffondskonten sich kaum ungünstig abheben, da sicher auch dort von den Gutschriften nach Ueberwindung der Hemmungen ein Drittel zur Abhebung gelangt. Einen Vorzug besitzt aber das Berliner System, indem zwangsausfüllig jedem Mitglied, das noch kein Sparbuch besitzt, ein Sparbuch mit der Rückvergütungsgutschrift überwiesen wird, und damit ein Anreiz zur weiteren Sparsamkeit und damit verbundener stärkerer Ansammlung eines Koffonds geschaffen ist.

Die freundliche Aufforderung an die Konsumgenossenschaft Berlin, der Errichtung von Koffondskonten näher zu treten, kann nach dem Gefogten als bereits erfüllt angesehen werden und es bleibt nur übrig, den Gewerkschaftsmitgliedern erneut die Dringlichkeit vor Augen zu führen, sich der Genossenschaft anzuschließen und ihre familiären Einrichtungen ausgiebig zu benutzen.

Friedrich Gütler, Reutlitz.

Wirtschaft

Am Tage nach der Diskontermäßigung.

Der Reichsbankausweis zum 7. Juli rechtfertigt eine sorgfältigere Betrachtung. Am 6. Juli hatte die Reichsbank die Herabsetzung des Diskonts von 6½ auf 6 Proz. beschlossen. Eine Auswirkung dieser Herabsetzung schon für den Abschluß des nächsten Tages darf man normalerweise noch nicht erwarten. Aber dieser Abschluß ist eine beachtenswerte Ergänzung der Gründe, die die Reichsbank zur Herabsetzung veranlaßt haben.

Die Gesamtanlage der Reichsbankmittel in Wechseln, Schecks, Lombards und Wertpapieren ist um 150,7 Mill. auf 1370,3 Mill. zurückgegangen. Der Hauptrückgang liegt mit 153,6 Mill. bei den verpfändeten Wertpapieren, deren Bestand mit 7,7 Mill. fast wieder bei der Ausgangsziffer der Woche vor der Halbjahresanpassung liegt (5,3 Mill.). Die Annahme, daß der Mehrbeanspruchung der Reichsbank zum Halbjahresabschluß keine dauernde Verknappung am Geldmarkt entspricht, wird von hier aus bestätigt. Immerhin aber halten Banken, Börse und Wirtschaft das Geld fester in der Hand als vorher, wozu die Erwartung der Diskontermäßigung beigetragen haben mag. Die Wechselbestände, die in der Vorwoche um 64,3 auf 1288,2 Mill. angewachsen waren, sanken nur um 15,1 auf 1273,1 Millionen. Ebenso stiegen die Giroeinlagen der Kundenschaft, die sich Ende Juni um 257,1 auf 526,9 Mill. gesenkt hatten, nur um 52,6 auf 579,5 Mill. an. Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen blieb infolgedessen ziemlich hoch: gegen eine Zunahme von 623,8 Mill. in der Vorwoche beträgt die Abnahme am Ende der Juliwoche nur 147,4 Millionen Mark. Der Umlauf an Noten und Schecks wurde noch erhöht, weil der Verkaufsantrieb für Währungsbesitzen, der in der Vorwoche ein Plus von 175 Mill. brachte, bemerkenswerterweise noch anhält. Die Bestände an Devisenbesitzen stiegen um 19,6 Mill., so daß sie mit 344,4 Mill. Devisenbesitzen wieder annähernd den Stand von vor vier Wochen erreicht haben (355,8 Mill.). Da wahrscheinlich in den Wechselbeständen auch größere Devisenbeträge hängen blieben, kann man annehmen, daß insbesondere die Banken mit großen Beträgen stillliegen. Vielleicht darf auch die jetzige Stagnation an der Börse als Zeichen dafür angesehen werden.

Die Goldbestände sind unverändert. Die Gold- und Devisendeckung erhöhte sich von 61,2 auf 63,5 Proz. des Notenumlaufs.

Aus der Partei.

Der Sozialismus auf dem Balkan. Vor der Vereinigung in Rumänien.

Aus Bukarest wird uns geschrieben:

„Federatia Partidelor Socialiste Romane“ (Föderation der rumänischen Sozialdemokratischen Parteien) ist der Name, unter dem die sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen rumänischen Gebiete fusionieren. Jetzt hat aber der Volksrat der Föderation die begründete Forderung getroffen, einen außerordentlichen Generalkongreß einzuberufen mit der Tagesordnung: Fusion der Parteien.

Die Föderation setzt sich aus den sozialdemokratischen Parteien Rumäniens, Siebenbürgens und der Bukowina zusammen. Sie wurde erst 1923, also fünf Jahre nach der Vereinigung aller rumänischen Gebiete, ins Leben gerufen. Der Grund dafür wie auch der bisher noch nicht vorgenommenen Fusion ist in der verschiedenen ideologischen Gestaltung der Parteien zu suchen.

Die rumänische Sozialdemokratie war kurz vor dem Krieg, aber hauptsächlich nach dem Krieg zu einer bedeutenden Macht herangewachsen. Es ist nicht zu leugnen, daß der jetzige Bolshewist, mitentführer Dr. Rakowski, der damals Rumäne war und in der rumänischen Partei eine hervorragende Rolle spielte, einen großen Anteil an der Organisation der Partei hatte — die Folge davon war aber, daß viele der anderen Führer nachher glaubten, auch in Rumänien, wo die russischen Vorbedingungen gar nicht existierten, Rakowski auf demselben Weg folgen zu müssen und auch zu können. Die Partei zählte gleich nach dem Krieg an 100.000 Mitglieder, sie hatte trotz des Verwaltungsdruckes acht Abgeordnete in die Kammer entsenden können und war eine Macht geworden, mit der man anfangs, im innerpolitischen Leben des Landes zu rechnen. Da kam die kommunistische Spaltung, die um so schädlicher war, als die führenden Männer infolge des niedergeworfenen großen Streites von 1921 gerade im Gefängnis saßen. So wurde später an die Reorganisation der Partei herangegangen, es gelang aber nur etwa 6000 Mitglieder der Partei zu erhalten — die anderen vertrieben die Masse der Indifferenten.

Ganz anders war die Entwicklung der Sozialdemokratie in Siebenbürgen und in der Bukowina vor sich gegangen. Hier war, hauptsächlich unter dem geistigen Einfluß der Wiener Genossen, eine sozialdemokratisch gesinnte Partei und Führerschaft, die sich dem Bolshewismus nicht verblenden ließ. Der evolutionistische Weg wurde weiterbefahren, in Siebenbürgen ging man sogar dazu über, vorübergehend in die Regierung einzutreten, um die Interessen der Arbeiterschaft besser verteidigen zu können. Will man einen Vergleich mit der Entwicklung im Deutschen Reich ziehen, so kann man sagen, daß die Parteien Siebenbürgens und der Bukowina etwa der SPD ähnelten, während die Partei Rumäniens, auch nach der Trennung von den Kommunisten, eher der USPD glich. Trotzdem ging man schon 1923 dazu über, eine Föderation zu bilden, die die gemeinschaftlichen Interessen zu verteidigen hatte, während die Parteien sonst unabhängig voneinander blieben. Die weitere Entwicklung hat nun aber gezeigt, daß nur eine einheitliche Partei dem Sturm der Reaktion standhalten vermag, und so ist dieser Beschluß zu verstehen, der binnen kurzem zur Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens führen wird.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Verus Caterina; Gewerkschaftsbewegung: St. Geyer; Sozialisten: Dr. John Schlotter; Sozialisten und Sozialisten: Frau Ruchardt; Arbeiter: H. Gier; Journalisten in Berlin: Berlin: Bernhards-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhards-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Möbel

zu herabgesetzten Preisen
auf bequemste Teilzahlung

mit kleinster An- und Abzahlung
in riesig großer Auswahl!

Möbelhaus Humboldt

An der Zannowibrücke 3-4

11, 28, 29, 35, 36, 41, 44, 45, 49, 82, 128

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verb. der Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisässer Str. 36-38
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhäuserstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9931
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage). Telefon: Köpenick 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
kauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführ. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Bettfedern Adolf Poh!

Dresdener Straße 13
(Fabrikgebäude.)

Photoapparate Bedarfsartikel

Entwickeln - Kopieren
gut und preiswert
Photo-Spezialhaus Haller
Königsplatz 98

Adolf Hoffmann Knorke

Schulhumoreske
mit Illustrationen
von Willi Steinert
Preis 50 Pf. / Porto 5 Pf.
Vorrätig in allen
Vorwärts-Ausgabestellen

Mieten Sie von uns

in 6 Monaten
Ihr Eigentum

Man verlange
Sondierprospekt!

Gasherde
Kocher
Backöfen
Staubsauger
Waschtische
Schränke

P. Raddatz & Co.

Berlin W 66
Leipzigerstrasse 122/123